

## Kontinuität und Wandel der internationalen Strategie der VR China seit 1989 unter besonderer Berücksichtigung der Stellung Westeuropas\*)

Lian Yuru

### Einleitung

Die Beziehungen zwischen China und den Staaten Westeuropas wurden durch die Ereignisse am 4. Juni 1989 auf dem "Platz des himmlischen Friedens" in Peking schwer belastet. Auch der radikale Umwandlungsprozeß in Mittel- und Osteuropa und in der ehemaligen Sowjetunion, angefangen mit der Erodierung des "Eisernen Vorhangs" an den Grenzen zwischen Ungarn und Österreich im Jahre 1989 über die deutsche Wiedervereinigung im Jahre 1990 bis hin zum Zerfall des sowjetischen Imperiums Ende 1991, blieb nicht ohne gravierende Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen China und Westeuropa.

Angesichts der dramatischen Entwicklungen in China und in der Weltpolitik drängt sich die Frage auf: Bedeuten die Belastungen für die Beziehungen zwischen China und Westeuropa seit 1989 ein Ende des alten und zugleich den Anfang eines neuen Entwicklungsprozesses oder sind sie eher als eine ernsthafte, aber vorübergehende Störung des Gesamtprozesses in den chinesisch-westeuropäischen Beziehungen zu qualifizieren, welcher in den achtziger Jahren eine beeindruckende Qualität erreicht hat?

Nach Ansicht nicht weniger deutscher Wissenschaftler und Politiker soll eher das erstere der Fall sein. Christian Hacke beispielsweise plädiert für eine Neuorientierung der China-Politik des Westens. Nach seiner Auffassung sei die alte westliche Politik zu China und Taiwan "absurd" und "anachronistisch". Deshalb schlägt er eine Kurskorrektur vor, die sich von den Illusionen einer Gleichgewichtsdiplomatie zugunsten der VR China verabschieden und auf "eine sukzessive Aufwertung Taiwans" hinarbeiten sollte.<sup>1</sup> Ernst-Otto Czempiel zieht in seinem Buch über die Weltpolitik im Umbruch als die wichtigste Lehre des Ost-West-Konflikts, daß die Demokratisierung die einzig wirksame Strategie zur Eliminierung der Gewalt sei. Er stellt fest, daß die NATO "statt sich ausschließlich auf den Rüstungswettlauf zu konzentrieren, auch Strategien (hätte) entwerfen müssen, die die demokratische Opposition im kommunistischen Lager gestärkt und zum Sturz der kommunistischen Diktatur beigetragen hätten."<sup>2</sup> Es versteht sich von selbst, daß sich eine Demokratisierungsstrategie nach dem Systemwandel in Osteuropa und der Sowjetunion nun vor allem gegen China, die sogenannte letzte "Bastion des Kommunismus", richten müßte. Während dieser Aspekt in Czempiels Buch nicht explizit erwähnt wird, erklärt die Sinologin Marie-Luise Näth unzweideutig, daß die chinesische Gesellschaft "ihre sachpolitisch inkompetente und moralisch abgewirtschaftete Führung nur im Wege der Gewaltanwendung loswerden kann."<sup>3</sup> Allerdings gibt es in Deutschland auch andere Urteile über die chinesischen Verhältnisse, wie etwa das des ehemaligen deutschen Generalkonsuls in Shanghai Werner Handke.<sup>4</sup>

Es hat den Anschein, als ob nach dem Wegfall des alten Ost-West-Konflikts nun ein neuer Ost-West-Antagonismus zwischen China auf der einen und dem

Westen auf der anderen Seite entstanden wäre. In den Vorstellungen und Erwartungen überzeugter westlicher Demokraten und Liberaler ist das Ende des jetzigen Systems in China nur noch eine Zeitfrage. Zwei Determinanten sind für die Beziehungen zwischen China und Westeuropa in den neunziger Jahren wichtig: die chinesische innen- und außenpolitische Entwicklung seit 1989 sowie deren Wahrnehmung durch Westeuropa vor dem Hintergrund der weltpolitischen Veränderungen. Der folgende Beitrag konzentriert sich auf einen der beiden Beziehungsakteure, die VR China, konkret auf Kontinuität und Wandel der chinesischen internationalen Strategie seit 1989.

Die Hauptthese lautet: Trotz der blutigen Ereignisse 1989 in China und trotz der gravierenden Änderungen der Weltpolitik hat die internationale Strategie Chinas bis heute eine substantielle Kontinuität aufzuweisen. Wandel, der wegen der Lageänderung durchaus folgerichtig ist, gibt es nur auf deklaratorischer und operativer Ebene. Daraus ergibt sich, daß die Belastungen in den chinesisch-westeuropäischen Beziehungen seit 1989 nur eine vorübergehende Störung, aber keinen Bruch des gesamten Entwicklungsprozesses darstellen - eine Schlußfolgerung, die Ende 1992, Anfang 1993 durch die Renormalisierung der Beziehungen zwischen der VR China und Westeuropa bestätigt wurde.

## 1 Die internationale Strategie Chinas

### 1.1 Die internationale Strategie Chinas in der Theorie

In der China-Forschung wird der Begriff "Strategie" häufig benutzt, sowohl in China als auch in Deutschland. Seine Inhaltsbestimmung klappt allerdings sehr weit auseinander. Während bei deutschen Chinaforschern und -experten die Neigung vorherrscht, den Begriff "Strategie" im Sinne einer konkreten Politik, eines außenpolitischen Instrumentariums oder einer konkreten politischen Zielsetzung zu verwenden,<sup>5</sup> wird er in China in einem umfassenderen politischen Sinne gebraucht. In jüngerer Zeit wurde die internationale Strategie in China folgendermaßen definiert:

"Unter der internationalen Strategie werden allumfassende Kenntnisse und Pläne eines Staates verstanden, die sich auf die gesamte internationale Konstellation, die eigene Stellung in der Welt, die staatlichen Interessen und Ziele sowie eine denen entsprechende Außen- und Militärpolitik in einem relativ großen Zeitraum beziehen."<sup>6</sup>

Diese Begriffsbestimmung schließt nicht nur den räumlichen und zeitlichen Geltungsbereich ein, sondern deutet zugleich auch die Struktur und die Bestandteile der internationalen Strategie eines Staates an.

Die Außenpolitik bildet dabei einerseits einen unentbehrlichen Bestandteil der internationalen Strategie, deren Verwirklichung von der Durchführung der Außenpolitik abhängt. Andererseits besitzt die Außenpolitik ihr eigenes System und ihre eigene Struktur. Die entscheidenden Unterschiede zwischen beiden bestehen in ihren jeweiligen Inhalten und Ebenen, die sich in unterschiedlicher zeitlicher und räumlicher Bedeutung ausdrücken. Während es sich bei der inter-

nationalen Strategie um ein Gesamtkonzept über eine gesamte Lage in einem längeren Zeitraum handelt, sorgt die Außenpolitik für dementsprechende Grundprinzipien und Handlungsrichtlinien.<sup>7</sup>

## 1.2 Die internationale Strategie in der Praxis

### 1.2.1 *Der Wirtschaftsaufbau als das grundlegende Nationalinteresse Chinas seit Ende der siebziger Jahre*

Was ist das grundlegende Nationalinteresse Chinas? Dazu hat Chinas Außenminister Qian Qichen in seiner Rede vom 12. März 1992 in Bonn ausgeführt: "Für China ... besteht die zentrale Aufgabe darin, seine Volkswirtschaft zu entwickeln und die Modernisierung zu verwirklichen."<sup>8</sup>

Diese Definition des grundlegenden chinesischen Nationalinteresses wurde bereits vor 15 Jahren auf der 3. Plenartagung des XI. Parteitagess der KP Chinas vom Dezember 1978 vorgenommen. Diese Tagung leitete zusammen mit ihrer vorbereitenden Arbeitskonferenz eine strategische Wende der chinesischen Innenpolitik ein: Nachdem bis dahin der sogenannte Klassenkampf die alles dominierende innenpolitische Aufgabe darstellte, wurde nun der Arbeitsschwerpunkt Chinas auf die sozialistische Modernisierung und den Wirtschaftsaufbau verlagert.<sup>9</sup> Dies bezeichnete ein Leitartikel der *Volkszeitung* nach der Veröffentlichung des Tagungskommuniqués als "eine schwerwiegende strategische Entscheidung auf einem neuen Langen Marsch".<sup>10</sup> Die neue zentrale Aufgabe des Wirtschaftsaufbaus bestimmte auch die ebenfalls beschlossene Reform- und Öffnungspolitik.

Warum wird in China von einer strategischen Entscheidung oder einer strategischen innenpolitischen Wende gesprochen? Die Beantwortung dieser Frage kann auch zur Erklärung beitragen, weshalb der chinesische Reform- und Öffnungsprozeß nach 1989 nicht unterbrochen wurde.

Erstens, die Festlegung des Wirtschaftsaufbaus als Arbeitsschwerpunkt besitzt den ganzheitlichen Charakter, der jeder strategischen Frage zugesprochen wird. Modernisierung und Aufbau werden mit einer tiefgehenden großen Revolution gleichgesetzt, die in allen Bereichen ihre tiefen Spuren hinterläßt. "Diese Revolution könnte die gegenwärtigen rückständigen Produktivkräfte in großem Umfang verwandeln und würde unausweichlich auch eine vielfältige Umgestaltung der Produktionsverhältnisse, des Überbaus, der sozialen Struktur, der Verwaltungsmethoden in Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben, der staatlichen Leitung sowie der menschlichen Denk- und Handlungsweise bewirken."<sup>11</sup>

Zweitens, die politische Wendung Chinas hin zum Wirtschaftsaufbau mit der Reform im Innern und der Öffnung nach außen ist keinesfalls ein kurzfristiges Phänomen, sondern eine langfristige Aufgabe für mehrere Generationen. Die Langfristigkeit resultiert daraus, daß China im großen und ganzen noch ein armes und rückständiges Entwicklungsland ist. Was bspw. die Wissenschaft und Technik anbetrifft, weist China trotz beachtlicher Fortschritte in manchen Gebieten im Vergleich zu den entwickelten Industrieländern noch einen erheblichen Rückstand auf. Nach Einschätzung von Wei Yuming beträgt er ca. 20 Jahre.<sup>12</sup> Angesichts dessen hat die chinesische Regierung einen dreistufigen Modernisierungsplan entwickelt, der von 1980 bis in die Mitte des nächsten Jahrhunderts reicht.<sup>13</sup>

Drittens ist der Wirtschaftsaufbau eine historische Notwendigkeit. Der Grund dafür, warum China seit den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts im Konflikt mit aggressiven Weltmächten immer scheiterte und sich dann mit erniedrigenden ungleichen Verträgen abfinden mußte, wird primär in der wirtschaftlichen und technischen Rückständigkeit Chinas gesehen. Wer zurückgeblieben ist, wird angegriffen. Das ist "eine mit Blut bezahlte schwerwiegende Geschichtserfahrung."<sup>14</sup>

Im Gegensatz zu Tilemann Grimm, der nationale Souveränität und Modernisierung der Wirtschaft als zwei Ziele einer Sache (der chinesischen Unabhängigkeitsbewegung) betrachtet und die konsequente Verbindung der beiden Ziele im Laufe der hundertjährigen chinesischen Revolution behauptet,<sup>15</sup> geht man in China davon aus, daß beide Ziele voneinander getrennt sind: Die Frage der nationalen Souveränität müsse zuerst gelöst werden; ohne Verwirklichung dieses Ziels komme eine Modernisierung nicht in Frage.<sup>16</sup> Nach 58 Jahren Anstrengungen (1921-1979) sei der chinesische Himmel endlich umgewälzt, d.h., nationale Unabhängigkeit und Souveränität erreicht, während der chinesische Boden, die Modernisierung, noch längst nicht verändert sei. "Deshalb muß der Arbeitsschwerpunkt auf das Modernisierungswerk verlagert werden."<sup>17</sup> "Dies sollte solange unverändert bleiben, solange der Staat nicht von einer fremden militärischen Aggression in großem Umfang betroffen ist. Es dürfen niemals mehr 'politische Bewegungen' und 'Klassenkampf' erlaubt werden, die von dieser Hauptaufgabe ablenken und den Modernisierungsaufbau beeinträchtigen."<sup>18</sup>

Es mag eigenartig erscheinen, daß erst 1979, also 30 Jahre nach der Proklamation der VR China, mit dem Modernisierungswerk begonnen wurde. Nach chinesischer Interpretation sind dafür drei Gründe entscheidend: Erstens haben die Kursänderung der Sowjetunion nach dem Machtantritt von Chruschtschow sowie die Verschlechterung der Beziehungen zwischen beiden Staaten die Aufmerksamkeit Chinas vom Wirtschaftsaufbau abgelenkt; zweitens hat China die internationale Konstellation falsch wahrgenommen und die Weltkriegsgefahr überschätzt; und drittens werden Fehler der Parteiführung sowie die zerstörende Auswirkung der "Kulturrevolution" genannt.<sup>19</sup>

Endlich, nach 30 Jahren Umwegen, schwenkte China in ein Fahrwasser der Reform und Öffnung ein. Das geschah in der Überzeugung, daß "der Marxismus am meisten Wert auf die Entwicklung der Produktivkräfte legt", sowie aus der Erkenntnis, daß die heutige Welt eine offene Welt sei; es könne nicht zum Erfolg führen, wenn man den Wirtschaftsaufbau hinter verschlossenen Türen betreibe.<sup>20</sup>

Der Wirtschaftsaufbau sowie die Reform- und Öffnungspolitik Chinas sind trotz der innenpolitischen Krise 1989 nicht zur Disposition gestellt worden. Vielmehr hat man sich mit der Sanierungspolitik, die seit 1988 zur "Verbesserung des wirtschaftlichen Umfeldes" und zur "Überwindung der Unordnung in der Wirtschaft" eingeführt wurde, darum bemüht, die Auswüchse der Reform- und Öffnungsmaßnahmen (überhitzte Wirtschaftsentwicklung, Inflation, unkontrollierte Verschuldung, wiederholten Anlagenimport u.a.m.) zu beschneiden. Auch ein führender deutscher Unternehmensmanager beispielsweise beschwerte sich Anfang 1989 sehr über unerfahrene Akteure Chinas, die nach der Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungsrechte auf die Bühne gekommen sind. Sie würden ausländische Partner eher abstoßen als anziehen.<sup>21</sup>

Die Reformmaßnahmen wurden in verschiedenen Bereichen auch nach 1989 weiter durchgeführt. Dabei ist die Preisreform besonders zu erwähnen. Nach den Mißerfolgen der Preisumgestaltung im Jahre 1988, als im ganzen Land überstürzte Warenkäufe und ein Ansturm auf die Sparkonten einsetzten sowie die Inflationsrate 18,5% erreichte, versuchte der Staat, mit der Einrichtung und Vervollkommnung des Systems zur indirekten Preissteuerung als Schwerpunkt, die Gesamtsteuerung und die umfassende Regelung der Preise zu intensivieren und die Preisstruktur zum geeigneten Zeitpunkt völlig neu zu gestalten. Die Resultate sind positiv. Der Anteil der staatlichen Festpreise im Einzelhandel ist von 97% im Jahre 1978 auf 29,7% im Jahre 1990 gesunken, während der Anteil der Marktpreise im selben Zeitraum von 3% auf 53,1% gestiegen ist.<sup>22</sup>

Die Reform- und Öffnungspolitik erfuhr seit Anfang 1992 Impulse für ihre Vertiefung und Beschleunigung. Im Anschluß an eine Inspektionsreise Deng Xiaopings nach Südchina fanden in die Dokumente des Politbüros der KP Chinas zahlreiche neue reformfreundige Elemente Eingang, wie z.B. die Neuformulierung der Befreiung der Produktivkräfte, die Neubetonung der Wissenschaft und Technik als die Produktivkräfte Nummer Eins, die Formulierung vom hundertjährigen Festhalten am Wirtschaftsaufbau als absoluter Priorität und fester Größe, die Betonung der Notwendigkeit des Lernens aller Ergebnisse der menschlichen Zivilisation sowie des Kampfes gegen die tiefverwurzelten "linken" Abweichungen usw.<sup>23</sup>

Angesichts der bisherigen Erfahrung, daß jede Reformmaßnahme, wie die Einführung des vertragsgebundenen Verantwortlichkeitssystems, die Gründung von Joint ventures, die Errichtung von Wirtschaftssonderzonen, die Hinwendung zum Markt, die Verpachtung der Rechte zur Bodennutzung von einer 30 qkm großen Fläche in Yangpu (Provinz Hainan) mit einer Vertragsdauer von 70 Jahren u.dgl.m., jedesmal einen ideologischen Streit hervorgerufen hat, wird jetzt für einen neuen Start zur "ideologischen Befreiung" plädiert. Diese abermalige Befreiung, so Tong Dalin, Mitglied des Staatlichen Komitees für Strukturreform und Direktor des Forschungsinstituts für Internationale Studien in Beijing, müßte an Umfang, Inhalt und Tiefe die Diskussion von 1978 über das Thema "Die Praxis ist das einzig richtige Kriterium der Wahrheit" weit übertreffen.<sup>24</sup> Zugleich werden mehr Courage, mutigeres Experimentieren und kühne Pilotarbeiten zur Vertiefung der Reform und Öffnung mit starker Propaganda unterstützt. Alles deutet darauf hin, daß die Reform- und Öffnungspolitik ab 1992 nicht nur in Worten, sondern auch in Taten in eine neue Phase der Beschleunigung und Vertiefung getreten ist.

### 1.2.2 Wandel und Kontinuität in der chinesischen Außenpolitik

Die strategischen innen- und außenpolitischen Wenden Chinas haben sich nicht gleichzeitig vollzogen. Während die Innenpolitik Ende der siebziger Jahre ihre strategische Umorientierung erlebt hat, wies die chinesische Außenpolitik im Gegensatz dazu einen merkwürdigen Charakter von Kontinuität auf. Dies drückte sich primär in der weiterhin antisowjetischen Linie Chinas aus. Doch im Dienst des Nationalinteresses, eine friedliche internationale Umwelt für den Wirtschaftsaufbau anzustreben, und nicht zuletzt auch wegen der weltpolitischen Änderung unterlag die chinesische Außenpolitik Anfang der achtziger Jahre

einer ganzen Reihe von Wandlungen. Sie spiegeln sich hauptsächlich in Fragen der Unabhängigkeit, Abrüstung, friedlichen Koexistenz und in den Außenwirtschaftsbeziehungen wider.

### 1.2.2.1 *Wandel der chinesischen Außenpolitik seit Anfang der achtziger Jahre*

Die wichtigsten Aspekte der chinesischen außenpolitischen Wende seit Anfang der achtziger Jahre waren: Das starke Eintreten für eine Außenpolitik des Friedens und der Unabhängigkeit; der Abschied von der abrüstungsfeindlichen Politik der siebziger Jahre; das Bestreben Chinas, auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz<sup>25</sup> die Beziehungen mit den USA stabil zu entwickeln und die mit der Sowjetunion zu verbessern sowie die Verankerung eines neuen außenpolitischen Ziels: Förderung gemeinsamer wirtschaftlicher Prosperität.<sup>26</sup>

Unabhängigkeit, Selbständigkeit, Nichtpaktgebundenheit wurden in der chinesischen Außenpolitik bis Anfang der achtziger Jahre unter zwei Aspekten gesehen: Einmal wurde die nationale Unabhängigkeit als die Staatsräson und das "geheiligte Prinzip" der Außenpolitik Chinas betrachtet. Zum anderen stellte die Nichtpaktgebundenheit auf operativer Ebene ein außenpolitisches Mittel dar, das - konkret gesagt - im bipolaren weltpolitischen Machtgefüge seit dem Zweiten Weltkrieg die Gestaltung der Beziehungen zu den beiden Supermächten betraf. Wie die Beziehungen Chinas zu den zwei Weltmächten gestaltet werden sollten, hing von der chinesischen Bedrohungswahrnehmung ab, die primär auf der Feststellung der Kräftekonstellation, nicht aber auf den Ideologien und Gesellschaftssystemen basierte.

In den siebziger Jahren wurde die Sowjetunion von China als die Hauptgefahr für den Weltfrieden und für Chinas nationale Sicherheit betrachtet, weil sie nach chinesischer Wahrnehmung gegenüber den durch Vietnamkrieg und Watergate-Affäre sehr geschwächten und nun defensiv gewordenen Vereinigten Staaten eine offensive Expansionsstrategie verfolgte. Mit der Drei-Welten-Theorie<sup>27</sup> betrieb China deshalb offensichtlich eine Einheitsfrontpolitik, wobei die USA, Westeuropa, Japan und China gemeinsam gegen die Vorherrschaftsansprüche der Sowjetunion antreten sollten. Dieser Politik entsprechend kritisierte China alle Abrüstungsgespräche zwischen den beiden Supermächten und andere Gesprächsrunden wie die KSZE. Es lehnte auch eine Teilnahme an den verschiedenen Friedensbewegungen ab, mit der Begründung, daß diese weder in den USA noch in der Sowjetunion viel ausrichten würden. Unter diesen Umständen konnten die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz nicht in die Tat umgesetzt werden, obwohl China schon in den fünfziger Jahren die Auffassung vertrat, daß sie auch in den allgemeinen internationalen Beziehungen gelten sollten. Im außenwirtschaftlichen Bereich hat China in den siebziger Jahren eine extreme Autarkiepolitik betrieben. Beispielsweise wurde damals die Einfuhr moderner Technologie aus dem Westen als die "Philosophie der Anbetung des Ausländischen" abgestempelt. Auch die Nutzung von Auslandskapital war ein Tabu. Der Leitgedanke dabei war offensichtlich, sich beim Wirtschaftsaufbau auf die eigenen Geldmittel, Ressourcen, Technologien und Märkte zu beschränken. Das führte jedoch unweigerlich zu einer Abkapselung von der Außenwelt, mit negativen wirtschaftlichen Folgen.

All diese außenpolitischen Elemente unterliegen seit Anfang der achtziger Jahre einer Wandlung. Die Gründe dafür sind nach wie vor in der Bedrohungs-

perzeption der internationalen Umwelt, der Einschätzung der Weltkriegsgefahr sowie der Positionsbestimmung des eigenen Landes in der Weltpolitik zu suchen.

Rückblickend vollzog sich in den achtziger Jahren einerseits eine eindeutige Wandlung in der strategischen Situation zwischen den beiden Supermächten, die von China als eine gegenseitige Konfrontation in einem strategischen Gleichgewicht zueinander charakterisiert wurde. China sah keinerlei Grund mehr, weiterhin gemeinsam mit einer von beiden gegen die andere Supermacht anzutreten. Diese Blockfreiheit bedeutet, daß China nichts unternommen wird, um die balance of power zwischen den beiden Supermächten zu zerstören, weil dies zur Verringerung der Gefahr eines Krieges beitragen könnte.<sup>28</sup> Zum anderen erhöhte sich das Selbstbewußtsein Chinas über die eigene Position und Rolle in der Weltkonstellation, deren Stärke zwar nicht mit irgendeiner der zwei Weltmächte zu vergleichen, doch zugleich auch nicht zu unterschätzen war.

Ausschlaggebend für die chinesische außenpolitische Wende war aber die oben dargestellte strategische Umorientierung der chinesischen Innenpolitik seit Ende 1978. Der Modernisierungsaufbau als grundlegendes Nationalinteresse brachte in doppelter Hinsicht Konsequenzen mit sich.

Erstens erforderte das ehrgeizige Aufbauprogramm eine friedliche internationale Umwelt. Die Aufwertung der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz zur allgemeinen Norm für internationale Beziehungen, die Bereitschaft, auf der Basis dieser Prinzipien mit allen Ländern der Welt Beziehungen aufzunehmen oder wiederherzustellen, das Eintreten für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Entspannung, das "Fördern gemeinsamer wirtschaftlicher Prosperität" als ein neues außenpolitisches Ziel, das Konzept "ein Staat, zwei Systeme" zur Regelung der nationalen Wiedervereinigungsfrage u.a. sind alle Bestandteile dieser Umwelthanforderung.

Zweitens leitete sich aus innerer Überzeugung der Entschluß her, das Integrationsniveau in die Weltgemeinschaft zu erhöhen, insbesondere im Außenwirtschaftsbereich. China trat nacheinander wichtigen regionalen und weltumfassenden Finanz- und Wirtschaftsorganisationen bei, paßte sich den weltweit üblichen wirtschaftlichen Umgangsformen an, akzeptierte den internationalen Freihandel gegen den Protektionismus usw. Auch die Nutzung ausländischen Kapitals, der Technologieimport, die Unterzeichnung von Verträgen über Bereitstellung von Arbeitskräften für andere Länder, die Entwicklung multilateraler Zusammenarbeit usw. fanden zunehmend Verankerung in den chinesischen Außenwirtschaftsbeziehungen der achtziger Jahre.

Es bleibt zu fragen, ob sich all diese neuen außenpolitischen Elemente Chinas nach 1989 geändert haben.

#### 1.2.2.2 *Kontinuität der chinesischen Außenpolitik nach 1989*

Wenn die chinesische Außenpolitik der Unabhängigkeit in den achtziger Jahren noch auf einem weltweiten Kräftegleichgewicht basieren konnte, ist diese Balance nach 1989 in einem atemberaubenden Tempo verschwunden. Die Verwirklichung der deutschen staatlichen Einheit, die Auflösung des Warschauer Paktes und schließlich der Zerfall der Sowjetunion haben das einst bestehende Gleichgewicht zwischen Ost und West ein für allemal beendet.

Trotz dieser radikalen weltpolitischen Umwälzung sowie der innenpolitischen Krise Chinas 1989 ist zu verzeichnen, daß Chinas Außenpolitik in ihren Hauptelementen substantielle Kontinuität aufweist:

- China hält nach wie vor an der unabhängigen und selbständigen Außenpolitik fest und geht weder ein Bündnis noch eine strategische Beziehung mit irgendeiner Großmacht oder Staatengruppe ein.
- In der Abrüstungsfrage hat China die Richtlinie der achtziger Jahre beibehalten, alle Arten von Abrüstungsgesprächen sowie Gesprächen über das Verbot von Massenvernichtungswaffen zu akzeptieren und ihnen beizuwohnen. Mehr noch, entsprechend der neuen Weltlage wurden noch weitere Schritte getan, wie der Beitritt Chinas zum Vertrag über die Nichtverbreitung der Atomwaffen; die Bereitschaft, entsprechend der Normen und Kennziffern des geltenden Kontrollsystems für Raketen und Raketentechnik zu handeln; die positive Reaktion auf die Initiative zur Einberufung einer Konferenz der fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über die Rüstungskontrolle im Nahen Osten usw.
- Die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz stellen weiterhin die Grundlage dar, auf der China mit allen Ländern Beziehungen entwickeln will.
- Im Außenwirtschaftsbereich betreibt China heute eine kooperative Öffnungspolitik in alle Richtungen. Es nimmt nicht nur aktiv an den internationalen Wirtschaftsangelegenheiten teil, sondern legt auch großen Wert auf die enge Zusammenarbeit mit den UNO-Organisationen. Als Beispiele hierfür mögen der Beitritt Chinas in die APEC im November 1991 - der zu einer ausgewogenen Entwicklung der wirtschaftlichen Kooperation im asiatisch-pazifischen Raum beiträgt - oder Chinas Rolle auf der 48. ESCAPTagung in Beijing im April 1992 dienen.

Es ist nicht unlogisch, daß angesichts der radikalen Änderungen der Weltlage nach 1989 auch Änderungen in der chinesischen Außenpolitik vorgenommen werden mußten. Doch diese Wandlung ist nicht substantiellen Charakters, sondern bewegt sich auf deklaratorischer und operativer Ebene.

Die erste Wandlung dieser Art möchte ich als eine Re-Normalisierung der chinesischen Außenbeziehungen bezeichnen. Sie fand ihren Ausdruck einerseits in der Intensivierung der Solidarität und Kooperation mit Entwicklungsländern und andererseits in der Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen mit den Anrainerstaaten. Diese zwei Aspekte werden gegenwärtig als Grundstein chinesischer Außenpolitik genannt.<sup>29</sup>

Der erste Aspekt wird verständlich, wenn man folgendes bedenkt: China ist das größte Entwicklungsland der Welt. Dieser Status wurde aufgrund internationaler Kriterien (Bruttosozialprodukt pro Kopf bei 300 US\$ = Niedrigeinkommenland) Ende der siebziger Jahre weltweit anerkannt.

Nach dem Ende des globalen Ost-West-Konflikts, da die Entwicklungsländer in großen Schwierigkeiten stecken, hält es China für notwendig, seine Beziehungen mit anderen Entwicklungsländern zu intensivieren. Ein wichtiges Indiz dafür ist die chinesische Haltung gegenüber der Bewegung der Nichtpaktgebundenen. Sie wurde von China seit ihrer Gründung hochgeschätzt und entschieden unter-

stützt. Denn gemeinsames Schicksal, gemeinsame Kämpfe und Aufgaben, so der chinesische Vizeaußenminister Liu Huaqiu, hätten China eng an die NAM (Non-Aligned-Movement) gebunden. Außerdem sähe China in den grundlegenden Prinzipien und Zielen der NAM eine vollkommene Übereinstimmung mit der eigenen unabhängigen und selbständigen Außenpolitik des Friedens.<sup>30</sup> Deshalb hat China die Aufnahme in die NAM als Staat mit Beobachterstatus beantragt, die im Juni 1992 formell vollzogen wurde.

Außerdem hat China die Beziehungen mit der "Gruppe 77" intensiviert. Es tritt verstärkt für die Interessen der Entwicklungsländer ein, insbesondere bei der Schaffung einer vernünftigen und gerechten neuen Weltwirtschaftsordnung. Angesichts der ernsthaften wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Entwicklungsländer mit riesigen Schulden, sich verschlechternden Terms of Trade, dem Abfluß von Kapital und so weiter wies China definitiv auf die Pflicht der Industrieländer hin, die Rahmenbedingungen der internationalen Wirtschaft zu verbessern und vor allem zur Lösung des Schuldenproblems der Entwicklungsländer beizutragen.<sup>31</sup>

Der zweite Aspekt der Renormalisierung, das Bemühen Chinas um die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen mit den Anrainerstaaten, ist eine auffällige Besonderheit chinesischer außenpolitischer Aktivitäten der Gegenwart. Bei allen Vorbehalten gegenüber geopolitischen Gedanken bleibt das Wort Napoleons I. wahr, daß jeder Staat in erster Linie die Außenpolitik seiner Geographie mache.<sup>32</sup> Der hohe Integrationsgrad der Weltpolitik infolge der 40jährigen weltweiten Ost-West Konfrontation mit der Sowjetunion und den USA an der Spitze hat dies jedoch unmöglich gemacht. Die vier großen Kriege in der unmittelbaren Nachbarschaft Chinas (in Korea, Vietnam, Afghanistan und Kambodscha) ließen sich z.B. alle nicht von dieser großen weltpolitischen Wetterlage getrennt sehen.

Das Verschwinden des Ost-West-Konflikts hat zu einer weltweiten Entspannung und Regionalisierung der internationalen Beziehungen geführt. Osteuropa oder Vietnam bspw. können heute wieder ihre jeweilige Politik der Geographie betreiben. Dem vereinigten Deutschland wurde die Chance eröffnet, entsprechend seiner geographischen Lage ein normales Verhältnis zu Polen nach dem Beziehungsmuster mit Frankreich zu entwickeln. In gleicher Weise hat China seine Beziehungen zu Vietnam, Indien und der Mongolei weitgehend normalisiert bzw. verbessert. Mit dem größten Nachbarland, der ehemaligen Sowjetunion, heute mit Rußland und anderen GUS-Ländern, bemüht sich China ein gutnachbarliches Verhältnis aufzubauen. Beachtlich ist der gegenseitige Besuch hoher Repräsentanten Japans und Chinas sowie die Intensivierung der Beziehungen Chinas mit den ASEAN-Staaten. All das brachte China eine im wesentlichen friedliche und freundschaftliche Nachbarschaft. Heute hat sich in China das "Chancenbewußtsein" sehr entwickelt, d.h., es wird mehr und mehr begriffen, daß die gegenwärtigen günstigen Umweltbedingungen für China eine Chance darstellten, die es zum Modernisierungswerk zu nutzen gilt.

Die zweite Änderung in der chinesischen Außenpolitik nach 1989 betrifft die Funktion der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, und zwar in zweierlei Hinsicht.

Einerseits sieht China in den Fünf Prinzipien ein wichtiges Instrumentarium, um gegen die perzipierte neue Form des Hegemonismus und der Machtpolitik

anzugehen, wie sie bspw. in der Resolution der Pariser Konferenz der Sieben Industrieländer 1989 zum Ausdruck kommt.<sup>33</sup> Die chinesische Regierung hielt dies mit Blick auf die internationalen Gepflogenheiten für seltsam und stellte klar, daß die Fünf Prinzipien des friedlichen Zusammenlebens "nicht überholt, sondern noch von großer aktueller Bedeutung" seien.<sup>34</sup>

Der Funktionswandel der Fünf Prinzipien durch China resultierte andererseits aus dem allgemeinen Bemühen nach einer neuen Weltordnung. Aus der Überzeugung heraus, daß die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz mit den Zielen und Prinzipien der UNO-Charta sowie den bewährten und von der internationalen Staatengemeinschaft allgemein anerkannten Normen übereinstimmen, ist China vor dem UNO-Forum dafür eingetreten, daß eine neue gerechte und vernünftige internationale Ordnung "auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz errichtet werden soll".<sup>35</sup>

Das dritte Zeichen außenpolitischer Regulierung Chinas nach 1989 war das Verschwinden der Zielformulierung "Förderung gemeinsamer Prosperität" auf der deklaratorischen Ebene. Das bedeutet nicht, daß China aus ideologischen und politischen Überlegungen wieder eine antagonistische Abkapselungspolitik von der Außenwelt wie in den siebziger Jahren betreiben will. Der Grund für das Weglassen dieser Losung sollte in der Besonderheit der gegenwärtigen internationalen Wirtschaftsbeziehungen gesehen werden, in der Zuspitzung der Widersprüche und der Vertiefung der wirtschaftlichen Kluft zwischen Nord und Süd. Daraus erklärt sich übrigens auch das bereits dargelegte erste Phänomen der Renormalisierung chinesischer außenpolitischer Handlungen nach 1989.

Die Regionalisierungstendenzen der Weltwirtschaft in Richtung hin zu Blöcken mit regionalen Führungsmächten sowie die Ausbaumöglichkeiten der UNO-Funktionen zur Regelung globaler Friedens- und Entwicklungsfragen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts werden in China dennoch mit großer Aufmerksamkeit registriert. Heute legt man in China großen Wert auf die Kooperationsbeziehungen mit Ländern in der asiatisch-pazifischen Region sowie auf die aktive und konstruktive Mitwirkung in den UNO-Angelegenheiten. Es ist dies eine neue Charakteristik konkreter außenpolitischer Tätigkeiten Chinas.

## **2 Die Bedeutung Westeuropas in der internationalen Strategie Chinas**

In der internationalen Strategie Chinas hat Westeuropa von Anfang an eine herausragende Rolle gespielt. Dies zeigte in jüngster Zeit z.B. die Neugründung der Gesellschaft für chinesisch-deutsche Freundschaft (GCDF) am 11. April 1992 in Beijing. Sie ist die vierte nationale Freundschaftsgesellschaft (neben denen mit der ehemaligen Sowjetunion, Japan und den USA), was bedeutet, daß China der Pflege und Entwicklung der Beziehungen mit Westeuropa im allgemeinen und mit Deutschland im besonderen einen großen Wert beimißt.

### **2.1 Westeuropa in der chinesischen Wahrnehmung der strategischen Weltkonstellation**

In der chinesischen Perzeption der internationalen Kräftekonstellation hat Westeuropa immer einen wichtigen Platz eingenommen, sowohl in der Zeit vor und

nach der außenpolitischen Regulierung Anfang der achtziger Jahre als auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts seit Anfang der neunziger Jahre.

In den siebziger Jahren betrachtete China bei der Analyse des internationalen strategischen Kräfteverhältnisses (konkret des Verhältnisses zwischen den beiden Supermächten) die Sowjetunion als die Hauptgefahr für den Weltfrieden, weil sie sich im Gegensatz zu den USA in einer herausfordernden aggressiven Pose befand. Der Schwerpunkt der sowjetischen Globalstrategie lag nach chinesischer Darstellung in Westeuropa. Für China, das mit der Sowjetunion eine gemeinsame Grenze von 7.300 km teilt und sich von ihr stark bedroht fühlte, wäre es ein Alptraum gewesen, wenn es den Sowjets gelungen wäre, Westeuropa unter ihre Kontrolle zu bringen. Deshalb unterstützte China das Bemühen Westeuropas in Richtung auf eine unabhängigere und selbständigere Kraft.

Diese Perspektive Westeuropas war, nach der damaligen offiziellen Einschätzung Chinas, von positiver strategischer Bedeutung, weil sie, wie Guo darlegt, folgende Aspekte beinhaltete:

- Für den Kampf gegen den Hegemonismus, insbesondere gegen die sowjetischen Ambitionen auf Welthegeemonie, sei die Stärkung Westeuropas ein entscheidender Faktor.
- Sie könnte auch die amerikanische Angewohnheit in Schach halten, andere nicht gleichberechtigt zu behandeln, sowie den amerikanisch-sowjetischen Kuhhandel auf Kosten der Interessen anderer zur Festigung des "bipolaren" Gefüges beschränken.
- Eine Stärkung der westeuropäischen Unabhängigkeit und Selbständigkeit könnte einen sehr großen Einfluß auf Osteuropa haben und die dort vorherrschende hegemonistische Position der Sowjetunion schwächen.
- Ein solches Europa würde schließlich auch der Dritten Welt behilflich sein, die eine Hauptkraft im antihegemonistischen Kampf darstellte.<sup>36</sup>

Daß China in den achtziger Jahren eine allumfassende außenpolitische Regulierung überhaupt durchführen konnte, hing nicht zuletzt von der positiven Einschätzung der westeuropäischen Position und Funktion zur Erhaltung des Weltfriedens ab. Wenngleich China damals die Kriegsgefahr für nicht ganz ausgeschlossen hielt, vertrat es doch den Standpunkt, daß ein neuer Krieg bei einer Stärkung der Friedenskräfte hinausgezögert, ja sogar verhindert werden könnte. Bei allen Faktoren, die zur Vermeidung eines Weltkrieges beitrugen, war die Stellung Westeuropas entscheidend. "Solange Europa (Ost- und Westeuropa gemeinsam) nicht am Kampfswagen der anderen gefesselt ist, wird der Ausbruch eines Krieges ausgeschlossen sein."<sup>37</sup>

In der Frage der Stabilisierung des Friedens, des Abbaus der Spannungen und Reduzierung oder Vermeidung von Konflikten überall auf der Welt hatten China und Westeuropa in den achtziger Jahren eine erstaunlich große Gemeinsamkeit von Überzeugungen und Interessen aufzuweisen. Nicht zuletzt deshalb wurde z.B. 1988 ein formelles Protokoll zwischen China und der Bundesrepublik Deutschland über außenpolitische Konsultationen unterzeichnet. Per Fischer zufolge war dies ein Vorgang, der nicht so häufig von der Bundesregierung vollzogen wurde.<sup>38</sup>

Heute sehen sich alle mit einer völlig neuen Weltlage konfrontiert, die sowohl Chancen als auch Herausforderungen mit sich bringt. Wie wird sie heute in der chinesischen strategischen Analyse gesehen? Welche Bedeutung hat Westeuropa heute für China?

Das Ende der alten bipolaren Weltordnung kam sowohl für China als auch für Westeuropa nicht unerwünscht. Denn beide waren mit der Jalta-Struktur unzufrieden und wollten eine gegenüber den zwei Supermächten mehr oder weniger gleichberechtigte und unabhängigere Rolle spielen. Nach Ansicht Chinas sei die alte bipolare Weltordnung durch Ungleichheit und Ungerechtigkeit gekennzeichnet und würde von den beiden Weltmächten zum Zweck ihrer eigenen Macht- und Hegemonialpolitik instrumentalisiert.<sup>39</sup>

Chinas Ziel sei, eine faire und vernünftige neue Weltordnung zu schaffen. Nach Chen Qimao, einem Experten für internationale Studien in Schanghai, basiere eine bestimmte Weltordnung auf einer bestimmten Weltkonstellation. Gegenwärtig weise das globale Kräfteverhältnis ein großes Ungleichgewicht und große Unberechenbarkeit auf. Die USA seien nach dem Zerfall der Sowjetunion die einzige Supermacht geblieben; die Umwandlungen in Osteuropa und in der ehemaligen Sowjetunion hätten neue unberechenbare Faktoren mit sich gebracht; die früher versteckten verschiedenen Widersprüche und Konflikte seien zum Vorschein gekommen und die Nord-Süd-Kluft hätte sich vergrößert.<sup>40</sup>

Diese Umstände, stellt er fest, hätten die Errichtung einer fairen neuen Weltordnung unmöglich gemacht. Sein Augenmerk weg von der globalen hin auf die regionale Ebene richtend, unterteilt Chen die Welt in folgende strategische Einheiten: Europa, Naher Osten, Afrika, Lateinamerika und Asien-Pazifik, mit dem Zweck, auf der jeweiligen Regionalebene die jeweilige Perspektive für eine neue Regionalordnung zu untersuchen. Sein Ergebnis ist nicht ermutigend. Denn unter all diesen Regionen besitze nur der asiatisch-pazifische Raum eine Chance für die Errichtung einer relativ gerechten neuen Ordnung. Als hauptsächlichen Grund führt Chen an, daß sich dort in der Tat schon mehrere sowohl voneinander unabhängige als auch aufeinander einwirkende Zentralkräfte formiert hätten: die USA, Rußland, China, Japan und die ASEAN-Staaten. Die strategische Konstellation im asiatisch-pazifischen Raum hätte sich bis heute von dem ehemaligen Dreieck-Verhältnis (USA, SU, China) über die Viereck-Struktur (plus Japan) hin zu einer Fünf-Seiten-Konstellation (plus ASEAN) gewandelt. Es würde für den Frieden, die Stabilität und die Errichtung einer neuen politischen Ordnung im asiatisch-pazifischen Raum von entscheidender Bedeutung sein, daß das Verhältnis zwischen den fünf Seiten gut geregelt würde.<sup>41</sup>

Hinsichtlich der Lage in Europa sind zwei neue Elemente wichtig, die der Errichtung einer funktionsfähigen und stabilen Neuordnung grundlegend im Wege stehen: Erstens ist Europa heute zu einem der unruhigsten Orte der Erde geworden. Einige aus der Geschichte resultierende territoriale Streitigkeiten, ethnische Widersprüche und religiöse Konflikte sind zum Vorschein gekommen und haben bereits zu Kriegen geführt. Zweitens hat sich in Europa die Kluft zwischen dem reichen Westen und dem armen Osten vertieft. Mit großer Sorge hat Jean Francois-Poncet auf die Gefahr im Osten hingewiesen, die zuvor militärischer Art gewesen sei, heute wirtschaftlicher wäre und künftig konsequenterweise politischer und demographischer Natur sein würde.<sup>42</sup>

Unter diesen Umständen weiß China die friedensfördernde und stabilisierende Funktion Westeuropas sowohl für die Zukunft Gesamteuropas als auch für eine multipolare Welt besonders zu schätzen. Aus der Sicht Chinas hat der Zerfall der Sowjetunion und damit das Ende der Bedrohung Westeuropas dessen Position in zweierlei Hinsicht gestärkt. Zum einen könne sich Westeuropa nun von den USA absetzen und als Vereinigte Staaten von Europa die europäische Politik bestimmen, denn die Grundlage der Beziehungen zwischen Europa und den USA, die gemeinsame Abwehr der sowjetischen Bedrohung, sei weggefallen. Ohne diese Basis sei Westeuropa weniger auf die USA angewiesen und könne auf der europäischen Bühne mit mehr Unabhängigkeit agieren. Zum anderen orientiere sich nach dem Zusammenbruch des alten auf militärischer Stärke aufgebauten bipolaren Machtgefüges das neue vor allem an der Wirtschaftskraft. Die Staaten oder Staatengruppen mit wirtschaftlicher Stärke würden bei der Entwicklung neuer strategischer Machtstrukturen dann die Hauptrolle spielen. Das begünstige die EG als größter Wirtschafts- und Handelszusammenschluß der Welt gegenüber der NATO und bringe Westeuropa in eine günstigere Lage als die USA.

Global gesehen, sei Europa das Schlüsselgebiet für künftigen Einfluß auf die Weltmachtstrukturen. Jede Veränderung dort würde direkten Einfluß auf die künftige Weltordnung haben.<sup>43</sup> Deshalb zeigt China großes Interesse, die Zusammenarbeit mit westeuropäischen Ländern weiter zu intensivieren.

Umgekehrt darf wohl geschlußfolgert werden, daß Westeuropa, das sich heute ernsthaften Herausforderungen einer neuen Ära aus drei Richtungen vom Osten, Westen und Süden gegenüber sieht,<sup>44</sup> seinerseits Interesse hat, mit einem berechenbaren und stabilen China zusammenzuarbeiten.

## 2.2 Westeuropa im strategischen Nationalinteresse Chinas

Die strategischen Nationalinteressen und -ziele Chinas liegen in der allumfassenden und mehrere Generationen andauernden Modernisierung des eigenen Landes. Historische Erfahrungen haben den Beweis erbracht, daß wirtschaftlich schwach entwickelte Länder, insbesondere diejenigen, die lange unter feudaler Herrschaft standen wie China, erst dann gedeihen und stark werden, wenn sie außer den eigenen Anstrengungen auch von der modernen Zivilisation der Menschheit lernen und profitieren. In dieser Hinsicht wird der Stellenwert Westeuropas, einer Region mit hohem wissenschaftlich-technischem Niveau, in China für besonders wichtig gehalten.

Seit der Einführung der Reform- und Öffnungspolitik hat China im Wirtschaftsaufbau beträchtliche Fortschritte erzielt, die zu einem wesentlichen Teil auch auf außenwirtschaftliche Zusammenarbeit und Auslandshilfe zurückzuführen sind. Hierzu hat die Bundesrepublik Deutschland einen großen Beitrag geleistet.

Nach der Anerkennung Chinas als Entwicklungsland, nahm die Bundesrepublik die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit China auf. Im Rahmen der technischen Zusammenarbeit wurden z.B. solche Ausbildungsvorhaben zum Hauptschwerpunkt, die den Grundsatz realisierten, daß China zur Durchführung der Reformen Menschen mit entsprechendem Fachwissen benötigt. Eine ganze

Reihe von Aus- und Fortbildungszentren, Berufsschulen verschiedener Art wurden so geschaffen. Ende der achtziger Jahre wurde auf zentraler Ebene in Beijing die Übernahme des deutschen "dualen" Ausbildungssystems beschlossen. Wertvolle Hilfe von deutscher Seite kam auch für den Aufbau des chinesischen Patent-, Normen-, Prüf- und Meßsystems. Das chinesische Patentamt in Beijing mit seinen regionalen Gliederungen wurde nach deutschem Vorbild, mit deutscher Ausrüstung und deutschen Fachleuten eingerichtet. Das gleiche gilt auch für das Normeninformationszentrum in Beijing, das Labor für Längeneinheiten, das Prüf- und Untersuchungssystem für Kessel und Druckbehälter usw. All dies waren wichtige Voraussetzungen für die Öffnung der chinesischen Wirtschaft nach außen.<sup>45</sup>

Auch mit anderen westeuropäischen Ländern hat China in den achtziger Jahren enge Wirtschaftsbeziehungen entwickelt. Auf chinesischer Seite hegt man den großen Wunsch, daß Westeuropa künftig einen größeren Marktanteil in China hält und daselbst mehr investiert.

Doch letzten Endes hängt alles primär von China ab. Per Fischer hat recht, als er 1989 darauf hinwies: Voraussetzung für weiteres Engagement Deutschlands in China sei "die Fortsetzung und der weitere Erfolg der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Reformpolitik mit ihrer Befreiung der Menschen von beengenden Fesseln und der Erhöhung ihrer Selbstverantwortlichkeit".<sup>46</sup> Inzwischen wird dies von China selbst erkannt, und es werden entsprechende Anstrengungen unternommen. Im Juni 1992 hat Deutschland, das unter den westlichen Industrieländern früher China am meisten bevorzugt und zugleich am längsten an der Sanktionspolitik gegenüber diesem Lande festgehalten hat, seine gespannten Beziehungen zu China gelockert. Das wäre unmöglich gewesen, wenn China die Reform- und Öffnungspolitik nach 1989 abgebrochen hätte.

### **2.3 Probleme und Perspektiven der Beziehungen zwischen China und Westeuropa**

Das blutige Drama vom 4. Juni 1989 in Beijing wurde von der chinesischen Führung als rigorose Maßnahme zur Niederschlagung eines Putsches, zur Verteidigung des sozialistischen Systems und der staatlichen Sicherheit bezeichnet, in Westeuropa dagegen als Staatsterror und Massaker öffentlich gebrandmarkt. Die Menschenrechtsfrage ist seitdem zu einem elementaren Streitpunkt für die weitere Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden Seiten geworden. Der totale Zusammenbruch des in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion real existierenden Sozialismus hat die gegnerische Haltung Westeuropas gegenüber China nur verhärtet. Während zur Durchsetzung der Menschenrechte der erste Außenminister des vereinigten Deutschlands Hans-Dietrich Genscher vor der UNO-Vollversammlung für eine Beschränkung der staatlichen Souveränität plädierte,<sup>47</sup> sah die chinesische Führung in der Menschenrechtsfrage hauptsächlich eine Frage der Souveränität eines jeden Staates<sup>48</sup> und wies jede Art Vorwürfe in bezug auf die chinesische Menschenrechtslage als grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas zurück.

Bis heute wirkt sich dieser Gegensatz immer noch bedrückend für die bilateralen Beziehungen aus. Eine Änderung dieses Zustandes dürfte in absehbarer

Zeit nicht zu erwarten sein. Dennoch müssen sich die beteiligten Staaten zu einem *modus vivendi* durchringen. Im Fall Chinas hat man im Westen mittlerweile eingesehen, daß China seinen eigenen Weg weiter gehen wird; aber "sicherlich nicht den der westlichen Demokratien", wie Per Fischer feststellte. "Das Ausland wird dabei wenig Einfluß nehmen können - nicht zuletzt auch", fügte er hinzu, "weil die Außenwelt in den letzten 150 Jahren schon zu viel Macht in und über China ausübte." Deshalb befürwortete er eine China-Politik des Westens, die die eigenen Überzeugungen China gegenüber deutlich mache.<sup>49</sup>

Die offizielle Meinung der chinesischen Seite dazu läßt sich in der bereits erwähnten Bonner Rede von Außenminister Qian deutlich finden. Er vertrat den Standpunkt, daß die Unterschiede, die aus Gründen der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme, der historischen und kulturellen Traditionen wie der ungleichen Entwicklungsstufen entstanden sind, "keineswegs der Errichtung bzw. Entwicklung der normalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen im Wege stehen dürfen".<sup>50</sup> Anschließend wiederholte er nochmals die Grundprinzipien für die Regelung der Beziehungen Chinas zu Westeuropa, die er vor einem Jahr in Spanien herausgestellt hatte: 1. unter Hintanstellung unterschiedlicher Meinungen nach Gemeinsamkeiten streben; 2. gegenseitiger Respekt; 3. gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und 4. Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen.<sup>51</sup>

Aktuell gesehen sind diese Prinzipien, besonders das erste und das vierte, nichts anderes als eine pragmatische Status-quo-Politik im Dienst des nationalen Modernisierungsprogramms.

Historisch betrachtet betreffen sie, insbesondere das zweite und das dritte Prinzip, die außenpolitische Staatsräson Chinas, die Unabhängigkeit. In diesem Zusammenhang dürfte es nicht ohne Interesse sein, daß es nach chinesischer Darstellung ohne staatliche Unabhängigkeit Chinas keine Garantie für das Leben seiner Menschen gäbe; nach 1840 sei China nicht nur seiner Souveränität, sondern auch seiner Reichtümer und das chinesische Volk seiner elementarsten Lebensbedingungen beraubt worden. Die Konsequenz sei demnach: Das Recht auf staatliche Unabhängigkeit müsse zuallererst erkämpft werden.<sup>52</sup> Außerdem sieht China in der staatlichen Unabhängigkeit gerade das Hauptkriterium, um zwischen der Politik der offenen Tür in der Geschichte Chinas einerseits und seiner heutigen Öffnungspolitik andererseits unterscheiden zu können. Um seine schwer erkämpfte Unabhängigkeit zu verteidigen, hat China in den sechziger Jahren nicht einmal davor zurückgeschreckt, sich von dem mächtigen großen Bruder, der UdSSR, zu trennen.

Für China wiegt das Nationalinteresse immer schwerer als die Ideologie. Die dutzendjährige Konfrontation mit der Sowjetunion hat dies am authentischsten bewiesen. Umgekehrt haben China und Westeuropa trotz entgegengesetzter Ideologie und Gesellschaftsordnung in den achtziger Jahren eine intensive und allumfassende Entwicklung der Beziehungen erlebt. Es kann deshalb vorausgesagt werden, daß dieses in der langjährigen außenpolitischen Praxis Chinas durchgesetzte Prinzip in der Zukunft nicht aufgegeben werden wird.

## Schluß

Der Charakter der internationalen Strategie Chinas ist eindeutig durch das wirtschaftspolitische Nationalinteresse begründet und bestimmt. Dementsprechend betreibt China seit Anfang der achtziger Jahre weltweit eine außenpolitische Status-quo-Politik. Blockfreiheit, Eintritt für Abrüstung und Entspannung, Aufwertung der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, Ausweitung und Intensivierung der Außenwirtschaftsbeziehungen in Richtung auf Weltintegration stellen ihre wichtigen Merkmale dar. Sie hat sich nach 1989 substantiell nicht geändert.

Als das größte Entwicklungsland will China sein ehrgeiziges Modernisierungsprogramm in erster Linie mit den eigenen Anstrengungen von mehreren Generationen über die Reform- und Öffnungspolitik erreichen. Zugleich ist es bemüht, von allen zivilisatorischen Ergebnissen der Menschheit zu lernen und zu profitieren. Diese Haltung und Schwerpunktsetzung versprechen Erfolg und verdienen deshalb Sympathie und Hilfe.

Chinas Reform- und Öffnungspolitik bedeutet im Grunde genommen eine tiefgehende sozioökonomische Revolution mit allen politischen Konsequenzen für China und nicht zuletzt für die Welt. Probleme und Risiken liegen vor allem in der inneren Verträglichkeit Chinas. Zum Beispiel können Konflikte entstehen zwischen denjenigen, die von Reform und Öffnung profitiert haben, und denjenigen, die durch sie "wegrationalisiert" wurden, oder zwischen den wohlhabenden Küstengebieten und den noch zurückgebliebenen inneren Gebieten usw. usf.

Heute befindet sich China in einer Phase der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Transformation sowie des Generationswechsels seiner Führungsschicht. Das Verhältnis zwischen demokratischer Entwicklung und politischer Stabilität bedeutet eine ernsthafte Herausforderung. Allein von Bevölkerungszahl und Landesfläche her stellt China für sich genommen schon ein eigenes System und eine qualitativ feste Größe dar. Während z.B. die alte Bundesrepublik Deutschland die ehemalige DDR problemlos ernähren kann, ist niemand in der Welt in der Lage, Chinas 1,2 Mrd. zählende Bevölkerung (die 22% der Weltbevölkerung ausmacht und sich jährlich um ca. 17 Mio. vermehrt) zu versorgen. Demographischer Druck, ökologische Last, Naturkatastrophen u.a. sind bedrückende, ja bedrohliche Faktoren für die Existenz Chinas. Schon deswegen ist der chinesische Wunsch nach einem dauerhaft friedlichen und stabilen internationalen Umfeld zugunsten der eigenen Entwicklung glaubwürdig.

Nach Seeleys Gesetz ist der Grad der Freiheit in einem Land umgekehrt proportional zu dem auswärtigen Druck, der auf es lastet.<sup>53</sup> Heute will China trotz der dramatischen Änderung der Weltlage niemals mehr seine Tür schließen. Im Gegenteil, es unternimmt alles, um sich in die Weltgemeinschaft als gleichberechtigter und zuverlässiger Partner einzubringen. Innere Reform und Weltintegration als zwei Seiten einer Medaille scheinen z.Z. der gangbarste Weg Chinas in Richtung Modernisierung und Demokratisierung. Dabei sollte Westeuropa seine seit jeher von China geschätzte wichtige Position in dessen internationaler Strategie zur vollen Geltung bringen.

\*) Vortrag, gehalten auf dem Seminar "Probleme und Perspektiven der europäisch-chinesischen Beziehungen in den neunziger Jahren", veranstaltet am 26./27.6.1992 von der Europäischen Akademie Bayern, dem Evangelischen Forum München und der Forschungsstelle Dritte Welt am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München.

## Anmerkungen

- 1) **Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)**, 12. Oktober 1989.
- 2) Ernst-Otto Czempel, **Weltpolitik im Umbruch - Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts**, München 1991, S.28 f.
- 3) Marie-Luise Näth, "Die Volksrepublik China nach der Frühjahrskrise von 1989", **Außenpolitik**, (1991) 3, S.306.
- 4) Näheres dazu siehe Werner Handke, "China-Euphorie - China-Kritik", **Außenpolitik**, (1990) 3, S.268-279, sowie ders., "China und Osteuropa: Plädoyer für eine differenzierende Betrachtung", **Außenpolitik**, (1991) 3, S.290-295.
- 5) Näheres dazu siehe Marie-Luise Näth mit ihrer "revolutionären Strategie", in: **Die Außenpolitik Chinas - Entscheidungsstruktur, Stellung in der Welt, Beziehungen zur BR Deutschland**, München/Wien 1975, S.165 ff.; Oskar Weggel mit seiner "linken und rechten Strategie", in: **China aktuell**, 1 (1972) 8, S.18; Ernst Majonica mit seiner "Doppelstrategie", in: **Die Internationale Politik 1970-1972**, München, Wien 1978, S.111 ff.; Peter J. Opitz mit seiner "Strategie der 'Unabhängigkeit'", in: **Aus Politik und Zeitgeschichte**, B 48/1990, S. 32 ff.
- 6) Zhang Ji-liang (Hrsg.), **Guoji Guanxixue Gailun (Überblick über die Disziplin der internationalen Beziehungen)**, Beijing: Weltwissen-Verlag, 1990, S.73.
- 7) Ebenda. S. 77.
- 8) Ansprache des Staatskommissars und Außenministers Qian Qichen vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 12. März 1992, in: **Beijing Rundschau (BR)**, (1992) 12, S.10.
- 9) "Kommuniqué der 3. Plenartagung des XI. Parteitagess der KP Chinas vom 22.12.1978", **Renmin Ribao (Volkszeitung, RMRB)**, 24.12.1978, S.1.
- 10) **RMRB**, 25.12.1978, S.1.
- 11) Sonderkommentar der **RMRB**, 24.12.1978, S.2.
- 12) Wei Yuming, "Die Öffnungspolitik und der außenwirtschaftliche Handel unseres Landes", in: **Die Lage und die Reden über die Politik (1)**, Beijing: Hongqi-Verlag, 1985, S.26.
- 13) Die chinesische Volkswirtschaft im jetzigen Jahrzehnt - Rede von Ministerpräsident Li Peng auf dem Jahrestreffen des Weltwirtschaftsforums in Davos, 30. Januar 1992, **BR**, (1992) 7, S.13.
- 14) Li Gang, "Die Wissenschaft und Technik sind ein lebenswichtiger Aspekt des Staates", **Jingji Yanjiu (Wirtschaftsforschung)**, (1978) 5, S.60-62.
- 15) Tilemann Grimm, "China in der Welt: Ein geschichtlicher Abriss", in: **Die Außenpolitik Chinas - Entscheidungsstruktur, Stellung in der Welt, Beziehungen zur BR Deutschland**, München, Wien 1975, S.41 f.
- 16) **People's Daily Overseas Edition**, 26.10.1990, S.2.
- 17) **RMRB**, 24.12.1978, S.2.
- 18) **RMRB**, 25.12.1978, S.1.
- 19) Siehe Anm. 17 und 18.
- 20) **RMRB**, 1.7.1984.
- 21) Nach Per Fischer, "Deutsch-chinesische Beziehungen in der Gegenwart - Eine Skizze", in: Kuo Heng-yü und Mechthild Leutner (Hrsg.), **Deutsch-chinesische Beziehungen vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart**, München 1991, S.434.
- 22) Li Ping, "Graduelle Preisreform in der Bewährung", **BR**, (1992) 18, S.17.
- 23) Dengs Hauptgedanken wurden im Politbürobeschuß der KP Chinas vom 10. März verankert. Näheres dazu siehe **People's Daily Overseas Edition**, 12.März 1992, S.1, und **Der Spiegel**, (1992) 14, S.178 f.
- 24) "Expertendiskussion über Reformrichtung", **BR**, (1992) 20, S.17.
- 25) 1. Gegenseitige Achtung der territorialen Unverletzlichkeit und Souveränität; 2. Gegenseitiger Nichtangriff; 3. Gegenseitige Nichteinmischung in die innere Angelegenheiten des anderen; 4. Gleichheit und gegenseitiger Nutzen und 5. Friedliche Koexistenz. Diese Prinzipien wurden im Dezember 1953 vom chinesischen und indischen Ministerpräsidenten Zhou En-lai und Jawaharlal Nehru in den Verhandlungen über das bilaterale Verhältnis in bezug auf das tibetische Gebiet Chinas herausgestellt und völkerrechtlich in dem Vertrag über Handel und Verkehr zwischen dem tibetischen Gebiet Chinas und Indien vom 29. April 1954 verankert.
- 26) Näheres dazu siehe Xie Yixian, "Chinas Außenpolitik im Wandel", **BR**, (1989) 7-8, S.16-23.
- 27) Näheres dazu siehe Peter J. Opitz, "Westeuropa in der Globalstrategie Pekings", **Zeitschrift für Politik**, (1978) 3, S.228f.
- 28) **BR**, (1989) 7-8, S.18.

- 29) Siehe Anm 8. S.11.
- 30) Näheres dazu siehe Liu Chu, "Blockfreienbewegung voller Tatendrang", **BR**, (1992) 23, S.13.
- 31) Rede von Außenminister Qian Qichen im Spanischen Institut für internationale Politik (26.Februar 1991), **BR**, (1991) 10, S.9 f.
- 32) Hans Arnold, "Deutschland in Europa und in der Welt", in: **Jenseits der Bipolarität: Aufbruch in eine "neue Weltordnung"**, Arbeitspapiere der Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum vom 24. bis 26. April 1992, S.5.
- 33) Näheres dazu siehe "Erklärung zum Pariser Weltwirtschaftsgipfel", 16.7.1989, **Europa Archiv**, Folge 17/1989, S.D492.
- 34) Näheres dazu siehe BR-Kommentar "Unerläßliche Normen zwischenstaatlicher Beziehungen", **BR**, (1989) 41, S.4-5.
- 35) Rede des chinesischen Außenministers Qian Qichen vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen "Über die Errichtung einer vernünftigen und gerechten neuen Weltordnung" vom 25. September 1991, **Europa-Archiv**, Folge 9/1992, S.D351 ff.
- 36) Guo Fengmin, "Gründzüge in der Außenpolitik der westeuropäischen Staaten", **Guoji Wenti Yanjiu (International Studies, GWY)**, (1981) 2, S.34.
- 37) Wang Cunyan; Wu Ximin; "Kann ein Krieg verhindert werden?", **BR**, (1989) 14, S.19.
- 38) Siehe Anm 21, S.430.
- 39) Chen Qimao, "Über die Errichtung politischer Neuordnung im asiatisch-pazifischen Raum", **GWY**, (1992) 1, S.3.
- 40) Ebenda, S.3f.
- 41) Ebenda, S.4 ff.
- 42) Jean Francois-Poncet, "Die europäische Herausforderung für Frankreich und Deutschland", **Europa Archiv**, Folge 11/1991, S.327f.
- 43) Ji Ying, "Europa im Zeichen sowjetischen Wandels", **BR**, (1991) 50, S.10-12.
- 44) Näheres dazu siehe Anm.42.
- 45) Siehe Anm.21, S.435 f.
- 46) Siehe Anm.21, S.434 und 445.
- 47) Rede des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 25. September 1991, **Europa Archiv**, Folge 9/1992, S.D348.
- 48) Presseamt des Staatsrats der VR China über "Menschenrechte in China" vom November 1991, **BR**, (1991) 44, S.9.
- 49) Per Fischer, "Indiskrete Fragen zur China-Politik des Westens", **Europa-Archiv**, Folge 1/1992, S.26.
- 50) Dazu siehe Anm.8, S.12.
- 51) Ebenda.
- 52) Siehe Anm.47, S.10.
- 53) Nach Ernst-Otto Czempel, siehe Anm.2, S.19.